

P R O T O K O L L
der 429. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 25. Oktober 2022
Zeit	19.30–21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Lauper Reto
Mitglieder	Arn Daniel, Arnold Luc, Bähler Simon, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara, Gashi Hilmi, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin, Künti Karin, Legler Bettina, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Lütolf Roland, Mäder Renate, Meichtry Helena, Messerli Patricia, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schnyder Kathrin, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Walter Thut, Zaccaria Angelo, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Koelbing Martin, Stein Kaspar
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Balmer Sascha, Finanzverwalter, Trakt. 3 Mutzner Mario, Leiter Soziale Angebote u. Prävention, Trakt. 4 Friederich Ueli, Rechtsanwalt, Trakt. 4
Entschuldigt abwesend	GGR: von Gunten Adrian
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

- | | | |
|----|--|-----|
| 1. | Protokoll der Sitzung vom 20. September 2022 | 408 |
| 2. | Ersatzwahlen | 408 |
| | A) Baukommission | |
| | B) Geschäftsprüfungskommission | |
| 3. | Finanzen | 409 |
| | A) Genehmigung des Investitionsplans 2022–2027 | |
| | B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2023 | |
| | C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2022–2027 | |
| | D) Kenntnisnahme des Stands der Investitionsrechnung 2022 per 30. September 2022 (Realisierungsgrad) | |
| 4. | Reglemente | 417 |
| | A) Kindertagesstätte Muri bei Bern; Privatisierung | |
| | B) Reglement Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm); Teilrevision | |
| 5. | Parlamentarische Vorstösse | 431 |
| | A) Motion Eugster (FDP): Schulinfrastruktur der Zukunft; Zwischenbericht | |
| | B) Motion Legler (FDP): Schulwegsicherheit Aebnitstrasse; Zwischenbericht | |
| 6. | Informationen des Gemeinderates und der parlamentarischen Kommissionen | 435 |
| 7. | Neue parlamentarische Vorstösse | 435 |

Der Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 429. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR). Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderats, die Berichterstatter der Medien sowie die Gäste.

Wir begrüssen heute zwei neue Parlamentsmitglieder, Vanessa Legler und Luc Arnold. Nach der Demission von Joe Brunner und Eva Schmid wurden die Ersatzmitglieder gemäss Wahlliste von Oktober 2020 für das Nachrücken in den GGR angefragt. Leider war kein Ersatzmitglied bereit, die Nachfolge anzutreten. Gestützt auf Art. 69 des Reglements über die politischen Rechte wurden von der SP zwei Personen nachnominiert. Vanessa Legler ist Sozialarbeiterin FH und die Tochter von Bettina Legler. Luc Arnold ist Leiter Finanzen und Supportprozesse. Beide sind wohnhaft in Gümligen. Ich begrüsse zudem Corinne Schweizer, unsere neue Protokollführerin. Weil das Amt des ersten Vizepräsidentiums vakant ist, sitzt heute Laura Bircher, die zweite Vizepräsidentin, neben mir.

Für die Auskunftserteilung unter Traktandum 3 ist Sascha Balmer, Leiter Finanzen, anwesend, und unter Traktandum 4 gibt Rechtsanwalt Ueli Friederich Auskunft.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend. Wir sind somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 20. September 2022

Beschluss

Das Protokoll wird mit letztem Dank an die Verfasserin, Sarah Schlumpf, genehmigt.

2. Ersatzwahlen

A) Baukommission

Die FDP.Die Liberalen Muri-Gümligen schlägt anstelle des per Ende September 2022 zurückgetretenen Emanuel Zloczower für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, als Mitglied der Baukommission vor:

Rosat Christophe, Dr. iur., Rechtsanwalt LL.M., Dunantstrasse 53
3074 Muri bei Bern

Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglied der Baukommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31.12.2024, einstimmig gewählt:

Christophe Rosat, Muri bei Bern, FDP

B) Geschäftsprüfungskommission

Die Sozialdemokratische Partei Muri-Gümligen schlägt anstelle der per Ende September 2022 zurückgetretenen Eva Schmid für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vor:

Fankhauser Suzanne, Dozentin, Supervisorin/Coach BSO/ARS, Holzapfelweg 2
3074 Muri bei Bern

Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31.12.2024, einstimmig gewählt:
Suzanne Fankhauser, Muri bei Bern, SP

Suzanne Fankhauser: Vielen Dank für das Vertrauen. Ich mache das nur ad interim. Denn wir haben einen sehr kompetenten Jungpolitiker, der in diese Fussstapfen treten wird.

3. Finanzen

A) Genehmigung des Investitionsplans 2022–2027

B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe

C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2022–2027

D) Kenntnisnahme des Stands der Investitionsrechnung 2022 per 30. September 2022 (Realisierungsgrad)

Der Vorsitzende: Alle Unterlagen liegen schriftlich vor. Für die Erteilung von Auskünften ist Sascha Balmer anwesend.

Für die GPK spricht Matthias Gubler: An der Sitzung vom 19. Oktober 2022 hat Sascha Balmer der GPK den Investitionsplan 2022–2027, das Budget sowie den Finanzplan und den Stand der Investitionsrechnung ausführlich dargelegt. Alle Fragen konnten problemlos beantwortet werden. Die Gesamtinvestitionen des Allgemeinen Haushalts sind mit CHF 67,575 Mio. netto gegenüber dem vorjährigen Investitionsplan von CHF 68,230 Mio. veranschlagt. Die grössten Investitionen folgen in den Jahren 2024 mit CHF 16,46 Mio. und 2025 mit CHF 13,092 Mio. In den restlichen Jahren sind rund CHF 8,9 Mio. geplant. Die Schulhäuserrenovationen und die Sanierung des Gemeindehauses, die das Volk letzthin angenommen hat, machen die grossen Brocken aus. Die geplanten Investitionen sind finanziell tragbar, werden aber einen deutlichen Schuldenanstieg zur Folge haben.

Im Budget 2023 ist ein Defizit des Gesamthaushalts von CHF 2'692'450 prognostiziert. Dies entspricht 0,7 Steueranlagezehnteln. Davon entfallen CHF 2,941 Mio. auf den Allgemeinen Haushalt, CHF 172'600 auf die Spezialfinanzierung Abfall und CHF 75'950 auf die Kindertagesstätten. Auf Empfehlung der Finanzkommission wurden CHF 200'000 für steigende Energiekosten budgetiert. Das Budget sieht eine Verschlechterung von CHF 0,73 Mio. vor. Die Veränderungen

sehen wie folgt aus: Es gibt bei den Steuern mit CHF 2,13 Mio. eine positive Veränderung. Es gibt aber auch Verschlechterungen beim Personalaufwand im Umfang von CHF 0,74 Mio. sowie beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand von CHF 0,61 Mio. Den grössten Anteil bildet der Mehraufwand für den kantonalen Finanzausgleich von CHF 1,16 Mio. Der Mehraufwand für das Informatik-Zentrum beträgt CHF 0,12 Mio., und der Nettoaufwand für Soziale Sicherheit beträgt CHF 0,19 Mio. Die höheren Ausgaben entstehen durch Zusatzkosten für das neue Lohnsystem von CHF 40'000, eine individuelle Teuerungsanpassung der Löhne um 2 Prozent, was rund CHF 310'000 ausmacht, sowie Stellenaufstockungen im Umfang von CHF 370'000.

Beim Finanzplan soll vor allem die Schuldenentwicklung aufgezeigt werden. Durch die höheren Investitionen in die Schul- und Gemeindelienschaften steigen die langfristigen Schulden bis ins Jahr 2027 auf CHF 65 Mio. an. Diese Schuldenentwicklung muss stark im Fokus bleiben. Zur Refinanzierung der Kosten ging die Gemeinde langfristige Darlehen ein. Das hat den Vorteil, dass der Zinsbelastungsteil tiefer ist und die Erneuerungen gestaffelt über die Zeit aufgenommen werden können. Es ist mit den neuen Investitionen und den neuen Darlehen jedoch schwierig abzuschätzen, wie hoch die Zinsbelastung sein wird, da wir die Krise in der Ukraine, die Energiesituation und Corona-Auswirkungen haben. Die Gemeinde verfolgt trotzdem das Ziel, dass die Schuld pro Einwohner nicht über CHF 0 steigt. Der Zinsbelastungsanteil sollte unter 0,8 Prozent bleiben.

Wir kommen zur Investitionsrechnung: Wir haben einen Realisierungsgrad von 69 Prozent zur Kenntnis genommen. Die GPK empfiehlt Euch einstimmig die Annahme des Investitionsplans und des Budgets sowie die Kenntnisnahme des Finanzplans und des Stands der Investitionsrechnung.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Wir haben es gehört: Die Gemeinde Muri erwartet im Allgemeinen Haushalt für das nächste Jahr einen Aufwandüberschuss von CHF 2,9 Mio., was ungefähr 0,7 Steueranlagezehntel ausmachen würde. Der Steueranlagezehntel beträgt im Moment CHF 3,97 Mio. Letztes Jahr zur selben Zeit betrug er CHF 3,77 Mio.

Wie wir kommuniziert haben, soll das Defizit über die bestehenden Reserven, den Bilanzüberschuss und die finanzpolitischen Reserven, finanziert werden. Die Gründe für das prognostizierte Ergebnis haben wir Euch in den Erläuterungen zum Budget 2023 aufgelistet. Der GPK-Sprecher Matthias Gubler ging in seinem Votum auf die wesentlichsten Mehraufwände und -erträge ein. Ich kann in diesem Punkt deshalb auf meine Ausführungen verzichten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir bereits letztes Jahr bei der Finanzplanung signalisiert haben, dass wir auch im Jahr 2023 mit einem defizitären Budgetergebnis in der Erfolgsrechnung rechnen. Die Finanzplanung 2022–2027 zeigt auch auf, dass wir bei gleichbleibender Steueranlage auch im Jahr 2024 noch eine Unterdeckung von etwa CHF 1,5 Mio. zu erwarten haben, während ab dem Jahr 2025 und den Folgejahren mit nahezu ausgeglichenen Ergebnissen im Finanzhaushalt gerechnet werden kann.

Der Gemeinderat und die Finanzkommission vertreten die Auffassung, dass dieses Defizit aufgrund der hohen Reserven von rund 10 Steueranlagezehnteln und den verbesserten Aussichten für die Folgejahre ohne Anpassung der Steueranlage vertretbar ist. Die Gemeinde kann sich so auch in Zukunft als eine der steuerattraktivsten Gemeinden im Kanton Bern auszeichnen, auch wenn sie nächstes Jahr von Ittigen zumindest temporär überholt wird. Dafür ist die Liegenschaftssteuer fast doppelt so hoch wie bei uns.

Der Gemeinderat will unter Berücksichtigung der grossen Liegenschaftssanierungsprojekte für die Schulanlagen und das Gemeindehaus in der Investitionsplanung untermauern, dass er dem Ziel der Werterhaltung der gemeindeeigenen Liegenschaften grosse Beachtung schenkt. Dies auch, wenn diese Investitionen die Schuldenentwicklung belasten.

Dabei ist sich der Gemeinderat des Zielkonfliktes bewusst, dass, Stand heute, mittelfristig genügend Mittel für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zur Verfügung stehen, die Schulden aufgrund der anstehenden Grossinvestitionen jedoch ansteigen. Es wird auch weiterhin seine Aufgabe sein, im Rahmen der festgelegten Eckwerte in den Legislaturzielen und -massnahmen, die Matthias zitiert hat, die Frage, wie viele Schulden sich Muri leisten kann und soll, immer wieder fundiert zu prüfen und im Parlament entsprechend zu berichten.

In diesem Sinn ersuche ich Euch um Zustimmung zu den gestellten Anträgen und um wohlwollende Kenntnisnahme.

Die Eintretensfrage stellt sich nicht, weil das Budget zwingend durch den Grossen Gemeinderat beraten werden muss.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, anschliessend Detailberatung in der Reihenfolge:

- A) Investitionsplan 2022–2027,
- B) Budget, ordentliche Gemeindesteueranlage, Liegenschaftssteuer und Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2023,
- C) Finanzplan 2022–2027,
- D) Stand Investitionsrechnung 2022 per 30. September 2022 (Realisierungsgrad). Über Anträge wird in den einzelnen Kapiteln befunden, danach Schlussabstimmungen zu A), B), C) und D).

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Angelo Zaccaria (SP): Zuerst möchte ich mich im Namen der SP-Fraktion bei den verantwortlichen Stellen herzlich für die akribisch aufbereitete und zusammengestellte Dokumentation der vorliegenden Finanzgeschäfte bedanken. Insbesondere hatten wir Freude am Überblick über den Stand der Investitionsrechnung. Das ist ein sehr nützliches Tool. Es hat sich für uns bewährt, und wir sind froh darüber. Vielen Dank dafür.

Ich habe den Eindruck, dass wir gerade ein Déjà-vu erleben. Eigentlich könnte man an dieser Stelle dasselbe sagen, was man schon vor einem Jahr gesagt hat, als wir über die Finanzen sprachen. Das mache ich jetzt auch. Aber ich versuche, es in andere Worte zu kleiden.

Bei der Führung des Finanzhaushaltes wird einmal mehr grosser Wert auf Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gelegt, wobei das Heilsziel der schwarzen Null stets im Auge behalten wird. Wie Thomas Hanke gesagt hat, ist es sehr wichtig, dass sich die Gemeinde Muri-Gümligen, wenn man diesen Finanzbericht und die Pressemitteilungen liest, weiterhin als eine der steuerlich attraktivsten Gemeinden, vielleicht gar als die attraktivste Gemeinde, hervortut. Man kann sich also weiterhin stolz das Attribut Steuerparadies an die Brust heften. Das ist tiptopp. Das finden wir auch, und es hat auch positive Effekte. Aber wir können sagen, dass das Ganze ebenfalls eine Kehrseite hat. Die brave, ich möchte frech sagen zölibatäre Finanzpolitik kann auch zu komischen Gedankenspielen anregen. So ist es eben. Wenn man sehr enthaltsam lebt, staut sich etwas an. Es ist

Halloween, man gruselt sich und Steuersenkungsphantasien kommen auf. Furchtbar, nicht wahr? Sollten alle Chicago Boys und Truss-Versteher hier im Rat auf die Idee kommen, dass man aufgrund unserer finanziellen Situation Steuersenkungen vornehmen sollte, möchten wir daran erinnern, dass wir eine auslaufende Corona-Pandemie haben. Wie bereits gehört, rollt eine Energiekrise auf uns zu, und in der Ukraine herrscht Krieg. Wir wissen nicht, was auf uns zukommt, aber höchstwahrscheinlich stehen wirtschaftlich turbulente Zeiten an. Gegen diese müssen wir gewappnet sein. Vergessen wir auch nicht, dass unsere Gemeinde ein Problem mit ihrer fehlenden Liquidität hat und nicht sofort aktiv werden kann. Weniger Steuern würde bedeuten, dass wir unsere elementaren Handlungsoptionen einschränken. Das wäre, wie wenn wir an Halloween eine kurvenreiche Geisterbahn besteigen würden, aber ohne Schutzgürtel. Das können wir nicht riskieren. Frei nach Goethe: Die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los.

Was wir brauchen, sind keine teuren Steuersenkungsmassnahmen, die nur ein paar wenige bevorzugen und nicht vielen zugutekommen, sondern einen Masterplan, der uns sicher durch die Wirtschaftskrise bringt und uns ermöglicht, intelligent in die Zukunft zu investieren. Da sind wir, wie wir gehört haben, auf guten Wegen. In dieser Hinsicht bin ich froh, dass wir die Steuern nicht senken, dass wir die anstehenden nötigen Sanierungen in Angriff nehmen und man versucht, den Realisierungsgrad der Investitionen nicht allzu sehr zu verfehlen. Mit diesen Gedanken stimmt die SP-Fraktion dem Finanzpaket in seiner Gänze zu.

K. Urs Grütter (SVP): Ich lasse die Katze gleich aus dem Sack: Wir werden dem Budget ebenfalls zustimmen, aber nicht mit Lobhudeleien, ausser, was das Formelle anbelangt. Wir haben fähige Personen, die das in Ordnung machen, wofür sie auch bezahlt werden. Wir machen uns hingegen gewisse strategische Überlegungen. Dass der Personalaufwand um 4,8 Prozent zunimmt, stach uns in die Nase. Das ist nicht sparsam, wirtschaftlich und so weiter. Man hätte auf 2 Prozent bleiben müssen. Das ist wahrscheinlich auch die Rache der bösen Tat. Wenn man überall neue Aufgaben aufreisst, nur, um den Stab zu vergrössern, muss man ihn auch finanzieren. Aber wir halten den Finger darauf. Wir wollten es nicht so haben. Weiter haben wir gehört, dass wir 10 Steuerzehntel Reserven haben. Ein solches Defizit ist geradezu ein Mikro-Defizit. Das können wir über Jahre so laufen lassen, über den Daumen gepeilt ungefähr 20 Jahre lang, bis die Reserven einmal abgebaut sind.

Des Weiteren muss man deutlich sagen, dass Muri kein Steuerparadies ist, sondern schlechter schweizerischer Durchschnitt. Deshalb kommen gute Steuerzahler immer in Versuchung, nach Freiburg zu gehen, allenfalls sogar nach Zug. Ich hatte einen sehr werten Kunden, der bereits vor Jahren nach Zug ging. Wettbewerb belebt. Ich bin froh, dass wir diesen Steuerwettbewerb haben. Aber wir verhalten uns nicht sehr wettbewerbsgerecht. In diesem Sinn werden wir dem Budget mit leichtem Zähneknirschen zustimmen.

Walter Thut (forum): Lorbeeren holt man sich mit diesem roten Budget natürlich nicht. Aber es gibt Gründe für die getroffenen Annahmen. Ich wiederhole die Gründe und Annahmen nicht, weil Ihr sie ja alle kennt. Das forum teilt aber die Ansicht des Gemeinderates, dass das Defizit vertretbar ist, beträgt es doch nur ein Fünfzehntel des Bilanzüberschusses und der finanzpolitischen Reserven. Wir könnten es also sicher fünfzehn Jahre aushalten, und mit ein paar Retouches wahrscheinlich sogar 20 Jahre. Aber wir wollen die Probe aufs Exempel nicht machen. Die finanzpolitischen Reserven wurden in der Vergangenheit immer grösser und sind nun so gross, dass wir das gut ertragen.

Damit ist auch gleich gesagt, dass eine Steuererhöhung oder höhere Abgaben, nur, um diese Differenz aufzufangen, kein Thema sein können. Eine Steuersenkung aber auch nicht. Die Fraktion forum unterstützt den Antrag auf Genehmigung der

Steueranlagen für das Jahr 2023, die Feuerwehrgeldabgabe sowie das Budget 2023, so, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Weiter genehmigen wir den Investitionsplan 2022–2027 und nehmen den Finanzplan 2022–2027 sowie den Stand der Investitionsrechnung 2022 per 30. September zur Kenntnis. Danke für das Bereitstellen der Unterlagen.

Hilmi Gashi (Grüne): Eins vorweg: Wir haben solide Finanzen. Das ist erfreulich und beruhigend. Wie wir von Kollege Grütter gehört haben, können wir die nächsten zwanzig Jahre ruhig leben. Zuerst möchte ich mich im Namen der Grünen bei Sascha Balmer und seinem Team herzlich für die vorbereiteten Unterlagen bedanken. Ich bin zwar selbst in der Finanzkommission, aber möchte der Kommission und vor allem Jürg Steiner für die umsichtige Leitung persönlich danken. Wir gehen bei den Budgetdiskussionen immer sehr akribisch vor. Mein Dank geht auch an die Budgetverantwortlichen der verschiedenen Departemente, die sehr sorgfältig vorbereitet an den Sitzungen teilnehmen. Wir erhielten sehr gute Unterlagen. Ich werde nun ein paar Gedanken zum Investitionsplan und zum Budget äussern. Aber wir werden, wie gesagt, sowohl dem Budget als auch dem Investitionsplan zustimmen. Dies vorweg.

Wir wollen in der nächsten Zeit CHF 68,8 Mio. investieren. Dann sind wir im Finanzplan leicht tiefer als im Vorjahr. Dem Finanzplan entnehmen wir, dass wir die geplanten Investitionen und die berechneten Folgekosten stemmen können. Das ist dank der Erfolgsrechnung finanziell tragbar. Trotz deutlichem Anstieg der Schulden müssen wir wegen dem Finanzpolster, das in den Jahren zurückhaltender Investitionen aufgebaut wurde, keine Steuererhöhung beantragen. Natürlich muss man die Schulden im Auge behalten. Aber der Gemeinderat sagt, sie seien verkräftbar. Letztes Jahr lagen die Prognosen sogar bei CHF 78,5 Mio. Wir wollen investieren. Das ist gut so, und es ist auch nötig. Wenn man sich die Liste der Investitionen anschaut, sieht man, dass bei sehr vielen Posten ein A steht. A steht für einen Zwangsbedarf, etwas, das unbedingt gemacht werden muss. Wir haben das Geld dafür, und wir müssen das Geld investieren.

Dank der guten Finanzen können wir die Sanierungen der Infrastruktur nach und nach bewältigen. Wir können eine Werterhaltung ermöglichen und in Mehrwert investieren. Es ist erfreulich, dass die Gemeinde in die Entwicklung des neuen Bedarfs investieren will. Das sieht man unter Buchstabe B ziemlich deutlich. Klar, das Geld gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Aber die Bürgerinnen und Bürger sind bereit zu investieren, wenn das, was wir tun, seriös geplant und nachhaltig ist. Das hat man bei der Zustimmung von 82 Prozent zum Kredit für die Gemeindehaussanierung gesehen. Wir erhielten die Rückmeldung, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf unserer Seite sind, wenn das Geld sinnvoll investiert wird und man nicht nur die Werterhaltung im Auge hat, sondern auch ökologischer, sozialer und wirtschaftlichen Mehrwert geschaffen wird.

Zum Budget: Der gestiegene Aufwand wurde erwähnt. Das beruht einerseits auf den steigenden Preisen im Rohstoffmarkt. Steigende Preise, auch in Bezug auf Corona, schlagen sich im Budget nieder. Einen Teil der Kosten machen auch die Investitionen in die Bildung mit einer Zunahme von CHF 0,36 Mio. oder 3,1 Prozent aus. Die Ausgaben für das Personal sind differenzierter zu betrachten. Wie gesagt, hängt das zum Teil damit zusammen, dass wir recht viel machen müssen. Die Verwaltung braucht Unterstützung. Das geht nicht mit Überstunden. Es braucht diese Investitionen. Ein Teil ist natürlich Teuerungsausgleich. Das ist gut eingesetztes Geld. Denn wir wollen als Gemeinde für unsere Angestellten sorgen und eine attraktive Arbeitgeberin bleiben. Die Investitionen sind dringend nötig und wichtig.

Wir stimmen, wie gesagt, dem Investitionsplan und dem Budget zu und nehmen den Finanzplan und den Stand der Investitionsrechnung 2022 gerne zur Kenntnis.

Matthias Gubler (FDP): Last but not least darf auch ich in dieser heiteren Finanzrunde noch einmal sprechen. Es gibt spannendere Ratsgeschäfte. Es geht

um vier Vorlagen respektive die Genehmigung des Investitionsplans und des Budgets sowie um die Kenntnisnahme des Finanzplans und des Realisierungsgrads.

Die Fraktion FDP hat diese Vorlagen an ihrer Sitzung besprochen. Wir haben festgestellt, dass die Schulden aufgrund der Investitionen für die Schulhäuser und das Gemeindehaus in den nächsten fünf Jahren stark steigen. Das haben wir im Rat schon ein paar Mal gehört. Das wird nun eben umgesetzt. Die prognostizierten Investitionen findet man auf den S. 3 und 4 des Investitionsplans. Dazu kommt neu die Inflation, die mit dem Krieg in der Ukraine, den steigenden Energiekosten und den Löhnen die Kosten weiter erhöhen wird. Den Peak werden wir im Jahr 2024 mit CHF 17,26 Mio. erreichen.

Zum Budget: Wie wir bereits gehört haben, ist ein Defizit von rund CHF 2,7 Mio. veranschlagt. Die Hauptursache ist der höhere Lastenausgleich aufgrund der letzten Jahre, in denen wir stark waren, sowie die vorher erwähnten Teuerungsraten für Energie, Löhne und Infrastruktur. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2023 aber immer noch CHF 76,5 Mio. Der Bilanzüberschuss reduziert sich um die budgetierten Aufwandüberschüsse des Allgemeinen Haushalts und weist einen Überschuss von 7 Steuerzehntel aus. Angesichts dieses momentan guten Kapitalpolsters kann die Steueranlage beibehalten werden.

Zum Finanzplan und zum Stand des Realisierungsgrads: Sie sind zur Kenntnis zu nehmen. Wir sehen, dass die Schulden bis im Jahr 2027 auf CHF 65,5 Mio. ansteigen werden. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass dank solider finanzpolitischer Reserven von 9 Steueranlagezehnteln momentan keine Anpassung der Steueranlage notwendig ist, und das bleibt auch noch ein paar Jahre so.

Die FDP wird dafür sorgen, dass die Schulden in Zukunft nicht mehr als im vorgeschlagenen Umfang steigen werden. Mit dem Stand des Realisierungsgrades von 69 Prozent bis Ende Jahr ist die Fraktion ebenfalls zufrieden.

Detailberatung Investitionsplan 2022–2027

Vorbericht

Keine Bemerkung

Kapitel 0 Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

Kapitel 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Bildung

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Kultur, Sport und Freizeit

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Soziale Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Verkehr

Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Bemerkungen

**Detailberatung Budget, ordentliche Gemeindesteueranlage,
Liegenschaftsteuer und Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2023**

Kapitel 1 Rechnungslegungsgrundsätze
Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Erläuterungen
Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Ergebnisse
Keine Bemerkungen

Kapitel 4 Erfolgsrechnung
Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Investitionsrechnung
Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Eigenkapitalnachweis
Keine Bemerkungen

Konto 0 Allgemeine Verwaltung
Keine Bemerkungen

Konto 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Konto 2 Bildung
Keine Bemerkungen

Konto 3 Kultur, Sport und Freizeit
Keine Bemerkungen

Konto 4 Gesundheit
Keine Bemerkungen

Konto 5 Soziale Sicherheit
Keine Bemerkungen

Konto 6 Verkehr
Keine Bemerkungen

Konto 7 Umweltschutz und Raumordnung
Keine Bemerkungen

Konto 8 Volkswirtschaft
Keine Bemerkungen

Konto 9 Finanzen und Steuern
Keine Bemerkungen

Detailaufstellung Erfolgsrechnung nach Sachgruppengliederung S. 49 ff.
Keine Bemerkungen

Detailberatung Finanzplan 2022–2027 (Kurzfassung)

Vorbericht

Keine Bemerkungen

Wichtigste Ergebnisse

Keine Bemerkungen

Zusammenzug der Erfolgsrechnung

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen

Keine Bemerkungen

Planbilanz

Keine Bemerkungen

Detailberatung Stand Investitionsrechnung 2022 per 30. September 2022 (Realisierungsgrad)

Keine Wortmeldung.

Matthias Gubler verzichtet für die GPK auf ein Schlusswort.

Thomas Hanke für den Gemeinderat: Ich habe eine Bemerkung zum zölibatären Budget. Wenn man zölibatär genauer definiert, ist es das Versprechen der Ehelosigkeit, der Enthaltbarkeit und der Keuschheit. Die Ehelosigkeit kann ich nachvollziehen, denn wir haben keine Fusionsabsichten mit der Stadt Bern. Zu den beiden anderen, der Enthaltbarkeit und der Keuschheit, haben wir wahrscheinlich unterschiedliche Meinungen. Aber das klären wir bilateral.

Kein Rückkommen.

Für die Zustimmung ist eine Mehrheit des Rats (21 Mitglieder) erforderlich. Der Beschluss zum Budget unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beschlüsse

A) Genehmigung des Investitionsplans 2022–2027 (einstimmig)

B) Budget 2023 (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2023 (unverändert):
 - Ordentliche Steueranlage: das 1,14-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte
2. Genehmigung der Feuerwehrpflichtersatzabgabe mit 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100, maximal CHF 450 (unverändert)

3. Das Budget 2023 wird genehmigt bestehend aus:

	Aufwand Gesamthaushalt	CHF	85'265'967
	Ertrag Gesamthaushalt	CHF	82'573'517
	Aufwandüberschuss Gesamthaushalt	CHF	-2'692'450
Davon	Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	81'907'117
	Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	78'966'117
	Aufwandüberschuss Allgemeiner Haushalt	CHF	-2'941'000
	Aufwand Abfall	CHF	1'907'900
	Ertrag Abfall	CHF	2'080'500
	Ertragsüberschuss Abfall	CHF	172'600
	Aufwand Kindertagesstätte	CHF	1'450'950
	Ertrag Kindertagesstätte	CHF	1'526'900
	Ertragsüberschuss Kindertagesstätte	CHF	75'950

C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2022–2027

D) Kenntnisnahme des Stands der Investitionsrechnung 2022 per 30. September 2022 (Realisierungsgrad)

4. Reglemente

A) Kindertagesstätte Muri bei Bern; Privatisierung

Der Vorsitzende begrüsst im Publikum Laura Oppliger, Leiterin der Kita Muri-Gümligen, und Mario Mutzner, Leiter Soziale Angebote und Prävention.

Für die GPK spricht Emanuel Zloczower: Die GPK hat das Geschäft an ihren Sitzungen vom 7. September und 19. Oktober in Anwesenheit von Gemeinderat Häusermann und von Laura Oppliger, der Leiterin der Kita, besprochen. Obwohl in der GPK die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht möglich gewesen wäre, dem GGR die Endversion des ausgehandelten Vertrags zur Genehmigung vorzulegen, ist die GPK trotzdem der Meinung, dass das Geschäft nachvollziehbar aufbereitet wurde und heute beraten werden kann. Besten Dank an Martin Häusermann und Laura Oppliger für die Zeit, die Ihr der GPK gewidmet habt und für Eure Erklärungen.

Für den Gemeinderat spricht Martin Häusermann: Ich möchte vorab darauf hinweisen, dass wir am 6. September 2022 für den GGR eine Fragerunde zu diesem Geschäft durchgeführt haben. Es liegt Euch eine umfassende Botschaft zu diesem Geschäft vor. Ich werde mich auf folgende Themen beschränken: Ich sage etwas zum Kita-Markt, zu den strategischen Überlegungen des Gemeinderates, zu den daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen und schliesslich zum Einladungsverfahren, das durchgeführt wird, wenn Ihr dem Geschäft zustimmt. Ich beginne mit dem Markt. Ihr habt gesehen, dass vor ein paar Jahren eine Marktliberalisierung im Bereich Kita stattfand. Es ist heute erkennbar, dass dieser Markt funktioniert. Als Beispiel: In unserer Gemeinde sind heute durch alle Anbieter insgesamt zirka 180 Kita-Plätze verfügbar. Wenn Ihr rechnet, könnt Ihr feststellen, dass gut ein Viertel dieser Plätze durch die gemeindeeigene Kita bereitgestellt wird. Es entstehen neue Kitas, und es gibt unseres Wissens aktuell kaum Wartelisten. Eher das Gegenteil ist der Fall. Folgerichtig wurde die Kita auch in eine Spezialfinanzierung überführt. Die finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde erfolgt

über die unlimitierte Ausstellung der Betreuungsgutscheine. Ihr habt der Botschaft entnehmen können, dass das zirka CHF 200'000 pro Jahr sind.

Der Markt wird durch kantonale Auflagen zur Qualitätssicherung gelenkt. Ich verweise dazu auf die Verordnung, in der die Betreuungsschlüssel und die Ausbildungsanforderungen festgehalten sind. Der Kanton wird sukzessive als Aufsichtsbehörde walten, und diese Aufgabe wird für die Gemeinden wegfallen. Eine weitere Relation dieses Geschäfts: Gut ein Drittel der in unserer Gemeinde ausgestellten Betreuungsgutscheine werden in der gemeindeeigenen Kita eingelöst. Das heisst, dass ein Grossteil, nämlich zwei Drittel, schon heute in andere Kitas geht, sei es in der Gemeinde selbst, sei es in einer anderen Gemeinde, beispielsweise in der Nähe des Arbeitsplatzes. Ihr habt auch lesen können, dass im Kanton Bern lediglich noch acht Gemeinden eigene Kitas führen.

Kurz zu den strategischen Überlegungen: Man begann damit bereits im Jahr 2018, also vor der Marktliberalisierung. Wir haben damals verschiedene Szenarien untersucht. Nebst dem Status Quo sind das eben die Spezialfinanzierung, die Gründung einer Gemeindeanstalt, analog zu den gbm, oder die Auslagerung an einen Anbieter. Die damalige Absicht und der Entscheid des Gemeinderates war: Wir wollen mit der Spezialfinanzierung beginnen, mit der Auflage, dass die Kita kostendeckend betrieben wird. Wir wollten diese Chance geben und während einer Beobachtungsphase von zwei, drei Jahren prüfen, wie sich die Kita schlägt. Wir sind der Meinung, dass die heutigen Erkenntnisse genügen, um zu erkennen, dass ein kostendeckender Betrieb, selbst unter Berücksichtigung der Effekte der Covid-Pandemie, eine grosse Herausforderung darstellt. Die Hauptgründe sind die folgenden: Die Einbindung der Kita in eine Gemeindestruktur, also in das Verwaltungsumfeld und in das politische Umfeld, ist nicht vorteilhaft. Das Wissen um den Kita-Markt und seine Besonderheiten ist ausserhalb der Kitas kaum vorhanden. Die Kita erreicht die kritische Grösse kaum. Es gibt wenig Synergien zu anderen Verwaltungsbereichen. Es zeichnet sich ab, dass grössere Kitas einen Wettbewerbsvorteil haben. Das Wissen über unternehmerisches Führen ist in der Kita heute wenig ausgeprägt. Die Anstellungsbedingungen sind sehr mitarbeiterfreundlich. Das ist der Grund, weshalb wir bei der Auslagerung respektive Privatisierung während zwei Jahren den Besitzstand beim Bruttolohn wahren wollen und auch einen Kündigungsschutz verlangen. Dieser gilt natürlich nicht bei beweisbaren und triftigen Gründen. Aber grundsätzlich gibt es einen Kündigungsschutz.

Wir haben in der Botschaft auch verworfene Alternativen aufgeführt. Ich nenne sie kurz: Wir wollen keine Quersubventionierung der Kita. Das wäre unseres Erachtens eine Marktverzerrung. Wir wollen auch nicht aus eigener Kraft wachsen oder weitere Kitas akquirieren, damit wir eine kritische Grösse erreichen. Das wäre mit Risiken verbunden, und wir erachten es nicht als Gemeindeaufgabe. Wir wollen das heutige Angebot auch nicht aufheben oder schliessen. Denn das wäre eine Ausdünnung des Angebots oder ein Angebotsverlust.

Die Schlussfolgerung und Absicht des Gemeinderats ist folgende: Der Gemeinderat erachtet den Betrieb einer Kita nicht mehr als Gemeindeaufgabe und beantragt deshalb eine Privatisierung. Dies voraussichtlich per 1. August 2023. Die beiden Hauptziele, die wir erreichen wollen, sind die Sicherung der beruflichen Zukunft der Mitarbeitenden und die Aufrechterhaltung eines qualitativ hochwertigen Kita-Angebots in der Gemeinde. Die Chancen und Risiken dieses Schrittes könnt Ihr der Botschaft entnehmen. Wir wollen mit einem adäquaten Risikomanagement sicherstellen, dass diese Risiken möglichst nicht eintreten, sondern vermieden werden können.

Zur Präzisierung möchte ich erneut festhalten, dass die beiden Liegenschaften im Eigentum der Gemeinde verbleiben. Es werden Mietverträge mit einer festen Laufzeit von fünf Jahren abgeschlossen. Die Nutzung der Liegenschaft ist an den Betrieb einer Kita zweckgebunden. Sie kann schon aufgrund der Bauordnung, aber auch aufgrund des Mietvertrags, nicht für anderer Zwecke genutzt werden.

Wie geht es nach dem heutigen Grundsatzentscheid weiter, solltet Ihr ihm zustimmen? Wir werden ein Einladungsverfahren starten. Darin sind einerseits die

Rahmenbedingungen des Verfahrens geregelt, die Ihr Ziff. 5.1 der Botschaft entnehmen könnt. Andererseits sind die Angaben aufgeführt, die wir in der Selbstdeklaration des Anbieters wollen, und welche Zuschlagskriterien zur Anwendung kommen. Das findet Ihr in der Botschaft unter Ziff. 5.2.

Die Ausschreibungsunterlagen wurden in der Zwischenzeit erarbeitet, und die angekündigten Formulare wurden erstellt. Ich möchte auf eine kleine materielle Änderung hinweisen, die der Gemeinderat in diesem Zusammenhang am 17. Oktober beschloss. Es geht um das Thema Nachhaltigkeit. Neu wird sie als Zuschlagskriterium gewertet. In der Euch vorliegenden Botschaft steht noch, dass wir das in der Selbstdeklaration abfragen wollen. Neu ist es unter Zuschlagskriterium 1 aufgeführt. Bei der Selbstdeklaration möchten wir zudem von den Anbietern erfahren, welches Verbesserungspotenzial sie bei der Prüfung unserer Kita sahen.

In der Botschaft ist dargelegt, wie der Terminplan angedacht ist und der Entscheidungsprozess ablaufen soll. Wie in der Botschaft und im Antrag begründet, soll die Zuschlagserteilung durch den Gemeinderat erfolgen, die nachgelagerte Anpassung des Reglements jedoch durch den GGR. Im Wesentlichen wird bei einer Privatisierung Teil 3 aus dem Reglement gestrichen. Die interne und externe Kommunikation wird durch die Projektorganisation sichergestellt.

Der Gemeinderat bittet das Parlament um Zustimmung zu den beiden Anträgen. Dies auch im Wissen darum, dass es politische Lager gibt, die auch gewisse Bedenken haben.

Der Vorsitzende: Das Geschäft war ursprünglich für die GGR-Sitzung vom 20. September 2022 traktandiert, wurde vom Gemeinderat im Vorfeld der Sitzung jedoch zurückgezogen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen.

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Charlotte Siebenrock (SVP): Die Fraktion SVP dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Botschaft zu diesem Geschäft. Wir sagen nicht nein zur Kita, sondern möchten, dass ihr durch die Privatisierung eine gute Change gegeben wird, damit sie auch weiterhin erfolgreich im Markt bestehen kann. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderats auf eine Privatisierung der gemeindeeigenen Kita gemäss den vorgeschlagenen Kriterien. Der Verzicht auf eine gemeindeeigene Kita soll weder für die Betreuenden noch für das Personal eine wesentliche Verschlechterung des Status Quo bedeuten, sondern er soll ihnen Perspektiven eröffnen. Die Fraktion SVP sagt, wie erwähnt, ja zum Antrag des Gemeinderates.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Jetzt folgen die kritischen Stimmen, die Martin schon angekündigt hat. Die Fraktion Grüne ist nicht per se gegen eine Privatisierung der öffentlichen Kita. Wir folgen keinem Schwarz-weiss-Schema, das sagt, die Privaten seien per Definition immer die Schlechten. Für uns ist der Entscheid, ob wir die gemeindeeigene Kita einem privaten Anbieter überlassen wollen oder nicht, wichtig. Wir möchten den Entscheid auf Basis einer soliden Variantenprüfung fällen. Weil das in unseren Augen im Rahmen dieses Geschäfts nicht der Fall ist, haben wir bei der ersten Traktandierung einen Rückweisungsantrag gestellt, und das Geschäft wurde vom Gemeinderat zurückgezogen. Über die Herbstferien wurde es

moderat angepasst, jetzt wird es uns erneut vorgelegt. Das hat uns gezeigt, dass weder die Verwaltung noch der Gemeinderat ernsthaft bereit sind, die Fragen und Alternativen, die wir fordern, ernsthaft zu prüfen. Wir finden deshalb, eine erneute Rückweisung dieses Geschäfts bringe nichts und werden das Geschäft heute Abend ablehnen. Wir sind nicht per se gegen eine Privatisierung, aber uns bleibt nichts anderes übrig, als nein zu dem Schritt zu sagen, der jetzt gemacht werden soll.

Ich komme im Folgenden zu unseren wichtigsten Kritikpunkten. Es sind sechs. Der erste Punkt ist der künstliche Zeitdruck. Der Grund, weshalb uns die Auslagerung jetzt vorgelegt wird, ist, dass die Kita zwei schlechte Jahre hinter sich hat und zweimal ein Defizit schrieb. Für das Defizit gab es zwei Gründe. Der eine war absehbar, und vielleicht war man schlecht darauf vorbereitet. Der andere kam aber völlig unvorhersehbar. Es war einerseits die Einführung des Gutscheinsystems, die den ganzen Kita-Markt im Kanton Bern durcheinanderbrachte. Zeitgleich kam die Corona-Krise hinzu, die diese Branche hart traf, die aber gleichzeitig gezeigt hat, wie systemrelevant die familienexterne Kinderbetreuung ist.

Unsere Gemeinde war im Jahr 1952 eine Vorreiterin mit einer eigenen Kita, so, wie die Stadt Bern auch. Jetzt, in der Phase des Umbruchs, in der schwierige Zeiten anstehen, kommt es uns vor, als liessen wir die Kita fallen wie eine heisse Kartoffel. Dabei gibt es auch Zeichen der Besserung und Normalisierung. Die Auslastung hat sich beispielsweise verbessert. Und, oh Wunder, im Budget 2023, das wir vorhin verabschiedet haben, budgetiert doch der Gemeinderat wieder schwarze Zahlen. Man geht davon aus, dass man mit dem jetzigen System ein Ergebnis von CHF 76'000 erzielen kann. Das lässt bei uns Zweifel aufkommen, ob der Zeitdruck und die beiden negativen Budgets wirklich die wahren Gründe sind, weshalb man die Kita jetzt so schnell wie möglich privatisieren will. Die Corona-Krise hat die Kitas, egal, ob privat oder öffentlich, in eine Schieflage gebracht. Der Systemwechsel hat die Branche durcheinandergewirbelt. Wir verstehen nicht, weshalb wir unserer eigenen Kita nicht noch ein bisschen Zeit lassen, um in einen Normalbetrieb übergehen und wieder kostendeckend wirtschaften zu können. Weshalb besteht eine solche Dringlichkeit, wo wir doch vorhin gemerkt haben, dass unsere Gemeinde eigentlich ein Pölsterchen hätte?

Ich komme zum zweiten Grund: Muri hat den Systemwechsel und die Einführung der Betreuungsgutscheine vielleicht auch etwas verschlafen. Ich glaube, das müssen wir selbstkritisch anmerken. Man hat es rückblickend versäumt, unser gemeindeeigenes Angebot wirkungsvoll zu bewerben und Marketing zu betreiben. Man hat am Anfang wenig Ressourcen hineingesteckt, um das gemeindeeigene Angebot zu bewerben. Mit der Einführung des Gutscheinsystems verlor man auf einen Schlag einen grossen Wettbewerbsvorteil, den man vorher hatte, nämlich, subventionierte Plätze anbieten zu können. Man hat sich aber wohl auch selbst ins Bein geschossen, indem man auch nach dem Systemwechsel immer noch die Auffassung vertrat, man wolle auf keinen Fall die Privaten konkurrenzieren und müsse sich deshalb als Gemeinde insbesondere im Marketing wahnsinnig zurückhalten. Aber Fakt ist, dass mit der Einführung der Betreuungsgutscheine die öffentlichen und privaten Kitas punkto Bewerbung des Angebots auf derselben Höhe waren.

Ich komme zum dritten Grund, nämlich den Vorteilen einer öffentlichen Kita, die nicht oder zu wenig anerkannt werden. Das Führen einer Kita ist nicht zwingend eine Gemeindeaufgabe. Das können Private auch. Seit der Einführung der Betreuungsgutscheine werden sowohl die privaten wie auch die öffentlichen Kitas beziehungsweise die Eltern über die Betreuungsgutscheine unterstützt. Unserer Ansicht nach hat man, als die Kitagutscheine eingeführt wurden, in den Gemeinden einen grossen Fehler gemacht. Man hat von den öffentlichen Kitas gefordert, dass sie kostendeckend wirtschaften müssen. Man wollte unbedingt vermeiden, dass die öffentlichen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den privaten Kitas haben. Fakt ist aber, dass die öffentlichen Kitas gegenüber den privaten einen Wettbewerbsnachteil

haben. Sie haben nämlich Personal, das zu besseren Bedingungen angestellt ist, was aber auch zu einer höheren Personalzufriedenheit führt. Vor allem unterstehen sie dem öffentlichen Beschaffungsrecht, das zu Mehrkosten führt.

Es ist keine kantonale Vorgabe, dass die öffentlichen Kitas kostendeckend wirtschaften müssen. Dieses Ziel haben wir uns in unserem Reglement selbst gegeben. Die Stadt Bern hat das im Übrigen auch gemacht und überlegt sich derzeit ebenfalls, ob man die Kitas auslagern müsste. Ein Kitabetrieb kann nie nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien geführt werden. Wir finden deshalb, es sollte im Interesse der öffentlichen Hand sein, sich in diesem Bereich zu engagieren. Denn die öffentlichen Kitas haben auch einen grossen Nutzen für eine Gemeinde. Mit dem Führen einer gemeindeeigenen Kita hat die Gemeinde die Garantie, dass es ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot gibt. Die Gemeinde hat einen sehr direkten Einfluss auf das Angebot, das in der Gemeinde geboten wird, und zwar auf die Betreuungszeiten, die Betreuungspreise und auch auf die Qualität des Angebots. Wir können also ein qualitativ gutes Angebot zu einem angemessenen Preis garantieren, sodass sich alle Familien einen Betreuungsplatz in unserer Gemeinde leisten können. Ein weiterer Grund ist für uns sehr wichtig: Es gibt Synergien mit der Frühförderung. Das ist besonders für die sozial Benachteiligten relevant. Man kann nämlich beispielsweise für eine prioritäre Anmeldung von Kindern aus Familien, die Sozialhilfe beziehen, sorgen. Die Kitas übernehmen also einen wichtigen Auftrag in der frühkindlichen Bildung. Für uns Grüne ist klar, dass das eine öffentliche Aufgabe ist und dieses Feld nicht ausschliesslich den privaten Anbietern überlassen werden darf. In den Gemeinden des Kantons Bern, in denen es noch öffentliche Kitas gibt – es sind, wie wir vorhin gehört haben, noch acht – hat die Einführung der Betreuungsgutscheine eines gezeigt: Die öffentlichen Kitas gewährleisten die Grundversorgung, während die privaten Rosinen picken. Studien zeigen, dass die öffentlichen Kitas eine geringere Personalfuktuation und tendenziell zufriedeneres Personal haben, und auch die Eltern sind zufriedener. Es gibt auf diesem Markt also private und öffentliche Kitas. Das ist auch gut so. Wir finden aber, dass in der ganzen Diskussion in unserer Gemeinde die Vorteile einer öffentlichen Kita zu wenig thematisiert und anerkannt wurden.

Ich komme zum vierten Grund, der fehlenden Prüfung von Alternativen. Wir sehen auch, dass ein Handlungsbedarf bei unserer gemeindeeigenen Kita besteht. Die heutige Struktur ist nicht ideal. Man geht davon aus, dass eine Kita ungefähr 30 Plätze braucht, damit sie kostendeckend wirtschaften kann. Unsere Kitas sind also tendenziell zu klein. Da muss sich etwas ändern. Was wir aber kritisieren, ist, dass sich unsere Gemeinde bei der anstehenden Veränderung nach zwei schwierigen Jahren so stark und ausschliesslich auf die Variante Privatisierung eingeschossen hat. Eine sorgfältige Prüfung der Alternativen fand nicht statt beziehungsweise erst, als das Betreuungsgutscheinsystem eingeführt wurde. Jetzt ist man einen Schritt weiter und hat im neuen Umfeld Erfahrungen gesammelt. Die Kinderbetreuung ist ein emotionales Thema. Dieser Entscheid wird in unserer Gemeinde für Diskussionen sorgen. Wir erinnern uns an die Wogen, welche die Schliessung des Strubelimutzes geschlagen hat. Umso wichtiger finden wir, dass der Gemeinderat der Bevölkerung erklärt, weshalb die Variante Privatisierung tatsächlich die beste und die richtige für unsere Gemeinde ist. Für uns sind immer noch viele Fragen offen, weshalb die anderen Varianten nicht auch hätten zielführend sein können. Wir haben diese Fragen schon im Rahmen der ersten Informationsveranstaltung gestellt und erhielten sehr knappe Antworten. Zum Teil wurden unsere Fragen nur mit einem einzigen Satz beantwortet. «Der Gemeinderat hat sich im Jahr 2019 dagegen entschieden.» «Das löst die Herausforderungen nicht.» Oder: «Das ist so nicht gewollt.» Für uns sieht eine seriöse Variantenprüfung anders aus. Uns dünkt, der Gemeinderat wolle nun partout seine favorisierte Variante durchsetzen.

Der fünfte Grund ist insbesondere die Prüfung einer Gemeindeanstalt. Wir finden, das müsse man noch einmal genauer prüfen. Martin hat vorhin erklärt, dass es

insbesondere die Trägheit ist, die man als grossen Nachteil empfindet, wenn die Kita in Gemeindehand bleibt. Man brauche mehr unternehmerische Freiheit. Das würde man mit einer Gemeindeanstalt aber erreichen. Dann hätte die Kita deutlich mehr unternehmerische Freiheiten. Gleichzeitig hätte man einen sehr direkten Einfluss auf das Angebot, könnte steuern und kontrollieren. Das funktioniert bei den gbm und beim Alenia sehr gut. Auf die gbm kommen wir heute Abend zurück. Weshalb man die Variante Gemeindeanstalt bei der Kita nicht erneut seriös geprüft hat, verstehen wir nicht. Das Gegenargument war, man habe es im Jahr 2019 geprüft und sich damals aus vier Gründen dagegen entschieden: Es sei bei einem Betrieb mit lediglich zwanzig Mitarbeitenden unverhältnismässig. Interessant ist, dass der Gemeinderat negative Auswirkungen auf die Anstellungsbedingungen und höhere Tarife befürchtet hat. Diese Gründe könnte man aber auch bei einer Privatisierung sehr gut anbringen. Kurz: Für uns müsste diese Variante noch einmal unter die Lupe genommen werden.

Ich komme zum letzten Argument: Wir kaufen heute Abend die Katze im Sack. Die Anbieter, die zum Verfahren eingeladen werden, sind vertraulich. Man hat sie am Infoanlass aber genannt. Ich denke, darunter gibt es sehr gute Anbieter. Aber es sind sicher auch solche darunter, die in den Medien eher für negative Schlagzeilen gesorgt haben. Der GGR wird aber keinen Einfluss mehr darauf nehmen können, wer das Rennen macht. Die Ausschreibungsunterlagen, die uns präsentiert wurden, sind sehr gut, und die Kriterien wurden sorgfältig ausgewählt. Aber wer garantiert uns, dass die privaten Anbieter sie auch noch einhalten, nachdem sie den Zuschlag erhalten haben? Für uns stellt sich die Frage, was in fünf Jahren ist. Können wir sicher sein, dass die Privaten das gute Angebot, das sie uns machen werden, aufrechterhalten? Reicht beispielsweise die Lohngarantie für zwei Jahre, um das gute Personal zu behalten? Denn es zeichnet sich auch bereits bei den Fachfrauen und Fachmännern Betreuung (FaBe) ein Fachkräftemangel ab. Ein gutes Kinderbetreuungsangebot gehört zur Standortattraktivität einer Gemeinde. Wir haben den Eindruck, der Gemeinderat sei im Moment bereit, diesen Standortvorteil aufzugeben. Denn was geschieht in fünf Jahren, wenn sich die privaten Anbieter, die den Zuschlag erhalten, entscheiden, sich aus der Gemeinde zurückziehen? Wir würden es begrüßen, wenn dieser wichtige Entscheid aufgrund einer sorgfältigen Prüfung von Alternativen gefällt würde. Jetzt wird ein künstlicher Zeitdruck erzeugt, und es muss schnell gehen.

Ich hoffe, ich konnte Euch unsere Zweifel aufzeigen, und bitte Euch, das Geschäft abzulehnen. Dies im Sinne von Ziel 3.3 unserer Bildungsstrategie und der entsprechenden Massnahme, die lauten: «Die KITA ist ein wichtiges und gut besuchtes Angebot».

Karin Künti (SP): Ich möchte mich zuerst im Namen der SP-Fraktion beim Gemeinderat für die Botschaft und für die Möglichkeit einer Fragerunde bedanken. Ich möchte den Mitarbeitenden der Kitas Jamballa und Kunterbunt für ihr tolles Angebot danken, das sie heute und auch in den letzten Jahren bereitgestellt haben. Meine vier Kinder gingen alle in diese Kitas, und wir konnten auch als Familie davon profitieren.

Es folgt unser Votum zur Sache: Es dürfte wohl niemanden überraschen, dass die SP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates auf Privatisierung der Kitas ablehnt. Dank Franziska habt Ihr schon viele unserer Argumente gehört. Ich werde das eine oder andere noch verstärken. Auch wir nehmen zur Kenntnis, dass sich die Position unserer Kita im Markt verändert hat und sich Fragen zur Rentabilität und Arbeitsplatzsicherheit stellen. Den Zeitpunkt für einen Systemwechsel finden aber auch wir zu früh. Der neu gebildete Markt ist noch zu stark in Bewegung. Die Corona-Pandemie wird sich weiterhin auf die Bedürfnisse der Familien auswirken. Hinzu kommt die neue kantonale Verordnung zu den Betreuungsschlüsseln und der Ausbildungsqualität. Sie stellt die Kitas generell vor betriebliche und personelle Herausforderungen. Wir sind davon überzeugt, dass vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die

wirtschaftlich turbulenten Zeiten, die uns bevorstehen, eine Privatisierung, trotz Kriterienkatalog für eine künftige Trägerschaft, die Arbeitsplätze längerfristig nicht sichern kann. Auch die Betreuungsqualität kann nicht nachhaltig gewährleistet werden. Ein Leitungs- und Systemwechsel verstärkt die vorhandenen Unsicherheiten eher noch. Weiter finden wir, dass unsere Kita gar nicht so schlecht dasteht und die bisher getroffenen Massnahmen langsam zu greifen beginnen. Das ist erfreulich. Deshalb fordern wir, dass der Gemeinderat einen zeitlichen Raum bietet, damit diese Massnahmen doch noch greifen können. Vielleicht werden dann weitere Massnahmen getroffen und weitere Varianten können geprüft werden. Wir möchten wirklich, dass die Kindertagesstätte als gemeindeeigene Aufgabe weitergeführt werden kann. Damit kann auch eine gewisse Stabilität für die Mitarbeitenden und die betroffenen Familien gewährleistet werden. Es reicht uns nicht, dass die Gemeinde mit einer Privatisierung der Kita ihre öffentliche Aufgabe im Bereich der familienergänzenden Betreuung auf die Austeilung der Betreuungsgutscheine beschränkt. Die Weiterführung der gemeindeeigenen Kita stärkt zudem die bisher gute Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst und die gute Vernetzung mit den bestehenden Angeboten im Vorschulbereich, insbesondere in Bezug auf die Frühförderung, die sprachliche Integration und den präventiven Kinderschutz. Das alles ist ein Plus für die Familien, die in Muri-Gümligen beheimatet sind. Das fördert längerfristig die kulturelle und soziale Diversität in unserem Gemeindegebiet. Das ist eines unserer Kernanliegen. Deshalb lehnt die SP diesen Antrag ab. Zum Schluss gibt es nun doch noch eine kleine Überraschung: In Absprache mit der Grünen Partei stellen wir einen Ordnungsantrag und bitten um eine Abstimmung unter Namensaufruf.

Antrag SP:

Abstimmung unter Namensaufruf

Der Vorsitzende: Wir nehmen den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf entgegen und befinden nach den Fraktionen darüber.

Laura Bircher (FDP): Kinderbetreuung, Privatisierung und Unsicherheiten – dieses Geschäft hat nicht nur Auswirkungen auf Familien mit Kleinkindern in unserer Gemeinde, sondern auch auf die Zukunft der Mitarbeitende der Gemeinde-Kitas. Es ist deshalb absolut verständlich, dass die Behandlung dieses Geschäfts mit vielen Emotionen verbunden ist und jede und jeder von uns eine bestmögliche Lösung für alle Betroffenen finden will. Nun, was ist unsere Ausgangslage bei der Entscheidungsfindung? Die Gemeinde-Kita kann trotz der bisher getroffenen Massnahmen nicht kostendeckend betrieben werden. Das ist auf verschiedenste Gründe zurückzuführen. Nicht zuletzt ist das Betreiben einer Kita keine Kernkompetenz der Gemeinde. Deshalb sind unter anderem Defizite im Marketing vorhanden, und es können kaum Synergien genutzt werden. Mit der geplanten Privatisierung könnten genau diese Mängel behoben, und der Kita-Standort könnte wirtschaftlich rentabel betrieben werden. Obwohl der Entscheid des Gemeinderates beziehungsweise das gesamte Verfahren der geplanten Privatisierung auch für uns relativ schnell vorangetrieben wurde, ist es aus Sicht der FDP-Fraktion unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände dennoch der richtige Weg. An der Fragestunde vom 6. September, an der sehr offen und transparent kommuniziert wurde, konnten viele Unklarheiten beseitigt werden. Es wurde aufgezeigt, dass der Gemeinderat das ganze Verfahren gut durchdacht hat. Deshalb wird die FDP-Fraktion dem Geschäft zustimmen. Ein gutes externes Kinderbetreuungsangebot in unserer Gemeinde ist allerdings unabdingbar. Deshalb ist es für die FDP-Fraktion unerlässlich, dass trotz der geplanten Privatisierung auch langfristig ein Kita-Angebot auf Gemeindeboden besteht und die gute Betreuungsqualität erhalten bleibt. Daher bitten wir den Gemeinderat inständig, diesen Punkt bei der Auswahl der neuen Trägerschaft als wesentliches Kriterium zu behandeln.

Patricia Messerli (forum): Wie meine Vorredner bereits gesagt haben, hat sich der Kita-Markt in den letzten zwanzig Jahren stark gewandelt. Als wir vor neunzehn Jahren einen Kita-Platz für unseren frisch geborenen Sohn gesucht haben, standen wir auf dreizehn Wartelisten. Wir waren froh, schlussendlich einen Platz in einer neueröffneten Kita im Breitenrain zu bekommen. Hier in der Gemeinde hatten wir keine Chance auf einen Platz. Den ersten Anruf erhielten wir nach achtzehn Monaten und entschieden uns dann, die Kita nicht mehr zu wechseln.

Wir haben dieses Geschäft in der Fraktion intensiv diskutiert. Es ist ein emotionales Thema, auch wenn es nicht alle gleich betrifft. Nicht alle in der Fraktion haben Kinder oder haben Kinder in einer Kita. Aber wir kamen zum Schluss, dass es heute nicht mehr zwingend zu den Aufgaben einer Gemeinde gehört, eine Kita zu führen. Wie auch in der Botschaft steht, betreiben im Kanton Bern nur noch acht Gemeinden eine eigene Kita. Unsere Gemeinde ist punkto Kitas eigentlich gut aufgestellt. Nebst der gemeindeeigenen Kita an zwei Standorten, gibt es in unserer Gemeinde noch fünf weitere Kitas. Der Markt spielt also. Wir denken zudem, dass eine gemeindeeigene Kita heute nicht mehr unbedingt ein zusätzliches Kriterium ist, wegen dem man in eine bestimmte Gemeinde zieht. Gemäss Informationen in der Botschaft war die Auslastung in den beiden Kitas in den letzten Jahren nicht mehr so gut. Die finanzielle Lage ist angespannt. Im schlimmsten Fall befürchtet man auch in diesem Jahr ein Defizit. Deshalb waren wir, ehrlich gesagt, auch etwas erstaunt, dass das Budget 2023 einen betrieblichen Ertrag von CHF 75'000 vorsieht. Da haben wir uns schon gefragt, ob man mit dem Entscheid nicht ein Jahr hätte zuwarten können und hätte schauen können, wie es der Kita in einem Jahr geht. Aber eben, die Frage des Zeitpunkts. Ich glaube, es ist wie bei den Aktien. Man kann immer warten und hoffen, dass es besser wird. Oder man kann hoffen, dass gerade jetzt der richtige Zeitpunkt ist.

Das Projekt scheint gemäss Botschaft gut durchdacht. In der Botschaft sind die Argumente plausibel und nachvollziehbar aufgeführt. Es ist für uns nachvollziehbar, weshalb man diesen Schritt gerade jetzt wagen will. An der Infoveranstaltung konnten denn auch alle Fragen beantwortet werden. Die Rahmenbedingung, Auflagen und Zuschlagskriterien sind transparent und fair. Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist die Frage der Kommunikation. Wir finden, das sei sehr gut angegangen worden. Es gab schon früher in den Lokal-Nachrichten einen ersten Bericht. Die Eltern und das Personal wurden über den Entscheid vorinformiert, den der GGR heute fällt. Eine Rückmeldung zu den Punkten, welche die Grünen und die SP vorgebracht haben, nämlich, wie es in fünf Jahren aussieht und ob die Besitzstandswahrung und die Kriterien, die man den Anbietern vorgibt, dann immer noch eingehalten werden. Wer weiss, wie unser Kita-Markt in fünf Jahren aussieht? Im Parlament ist momentan eine parlamentarische Initiative hängig, welche die Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung verlangt. Vorgesehen ist, dass sich der Bund jährlich mit ungefähr CHF 530 Mio. an den Kosten der Kantone beteiligt. Unter anderem sieht die parlamentarische Initiative oder das Gesetz auch vor, dass die pädagogische und betriebliche Qualität der Angebote der Kitas verbessert wird. Man könnte noch zuwarten, aber die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden sich in den nächsten drei bis fünf Jahren sicher ändern. Wir wissen, dass wir einen Fachkräftemangel haben. Wir können uns nicht mehr erlauben, dass ausgebildete Frauen zuhause bleiben und nicht extern arbeiten. Deshalb bin ich überzeugt, dass das Kita-Angebot weiter ausgebaut werden wird. Es wird auch Druck geben, damit die Kosten sinken. Deshalb sind wir überzeugt, dass wir den beiden Anträgen heute mit guten Gewissen zustimmen können und dem Gemeinderat den Grundsatzentscheid ermöglichen können, dass die Kitas privatisiert werden können.

Detailberatung

Suzanne Fankhauser (SP): Ich komme von einer vielleicht etwas ungewöhnlichen Seite. Ich habe eine Kita begleitet, die privatisiert wurde. Ich komme aus dem Romandie-Kuchen. Je m'appelle Suzanne und nicht wie die, die sagt: «Io sono Giorgia». Es geht mir um zwei Dinge. Die Feststellung, die mich beunruhigt und die ich Euch mitgeben möchte, um darüber nachzudenken, ist folgende: Ich war dabei, als eine Kita in der Stadt Bern privatisiert wurde. Ich hatte ein Supervisionsmandat und konnte den ganzen Prozess begleitet. Jetzt wird sie von Ökonomen geleitet, und der ökonomische Aspekt steht im Zentrum. Niemand spricht mehr von pädagogischen Leitbildern, und selbstverständlich werden die Kitagruppen der Kinder grösser. Man kann die Frage stellen, wie positiv das ist. Etwas Weiteres ist, dass sie keine Lernenden mehr ausbilden. Das möchte ich stark betonen. Ich habe Lernende begleitet. Ich arbeite in La Chaux-de-Fonds als Lernsupervisorin direkt mit ihnen zusammen. Ich habe dort immer Klientschaft. Sie bilden sie nicht mehr aus. Das können sie auch gar nicht mehr. Weshalb? Weil sie schlicht niemanden haben, der über die nötige Qualifikation verfügt. Das müsste man im Hinterkopf behalten. Ihr sprecht von Fachkräftemangel, und wir wissen, dass es sehr eng wird. Ich finde, wenn man einen Betrieb unterstützt, sollte man gewährleisten, dass er auch Lernende ausbildet. Ich bin dafür, dass man Ausbildungsplätze stützt. Das möchte ich stark in den Vordergrund stellen. Wichtig ist mir noch etwas, das ich auch bei der frankophonen Kita erlebt habe. Sie gingen davon aus, dass sie einen Service public anbieten. Für mich ist es auch ein Stück weit so. Es gibt eine gewisse Pädagogik, die eine Vorläuferin von Montessori ist. Montessori und Steiner sind wohl allen ein Begriff. Es wäre hilfreich, wenn man einen Gedanken daran verschwenden würde. Es ist für eine Kita, welche die Kriterien erfüllen muss und eine hohe Personalqualität hat, weil es festgelegte Ansprüche gibt, nicht einfach, wenn man das verändert. Ich möchte eine Lanze für eine gute Qualität und für Auszubildende respektive für Personen, die Auszubildende ausbilden können, brechen. Das ist ein Anliegen, das man bei diesem Geschäft auch bedenken muss.

K. Urs Grütter (SVP): Wir führen eine Grundsatzdiskussion über Planwirtschaft und Marktwirtschaft. Wie effizient die Planwirtschaft ist, können wir in gewissen Staaten verfolgen. Wir brauchen diesen Fehler nicht zu machen. Wir müssen auch den Fehler, den wir bei den Kantonalbanken gemacht haben, hier im Kleinen nicht wiederholen. Denn wenn das Bedürfnis von der Privatwirtschaft nicht aufgenommen wird, kann man es so machen wie vor ungefähr 160 Jahren bei den Kantonalbanken oder vor zehn, fünfzehn Jahren bei unseren Kitas: Ihnen einen gewissen Anstoss geben. Dieser Anstoss war erfolgreich, und dann kommt eben die Zeit, in der sich die Gemeinde aus dem Geschäft zurückzieht. Denn die Gemeinde wird nie so schnell auf sich wandelnde Bedürfnisse reagieren können wie die Privatwirtschaft. Man geisselt die Fluktuation, dabei ist sie ein Zeichen von Flexibilität. Diese Flexibilität bringt die Privatwirtschaft wesentlich besser auf, als es die Gemeinde je kann. Der Vergleich mit den gbm hinkt gewaltig. Eine Kita hat eine geringe Infrastruktur. Sie kann relativ einfach improvisiert aufgestellt werden. Wenn es sein müsste, gäbe es sie blitzartig wieder. Die gbm haben eine riesige Infrastruktur, die unheimliche Vorinvestitionen braucht, damit es überhaupt läuft. Deshalb kann man die beiden Dinge nicht vergleichen. Abgesehen davon, dass ich auch bei den gbm immer sehr kritisch bin, wenn sie sich mit Gebühren-finanzierten Polstern aufs Glatteis der Marktwirtschaft trauen. Dass die Märkte immer in Bewegung sind, ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Es zeigt, dass sie auf veränderte Bedürfnisse reagieren können, wahrscheinlich sogar besser als eine Gemeinde. Sie sind zudem effizienter. Die Tatsache, dass wir ein gewisses Polster haben, soll uns nicht dazu verleiten, es ineffizient zu verfeuern.

Wenn man sagt, der Sozialdienst arbeite besser mit der Gemeinde-Kita als mit den Privaten zusammen, ist das ein Vorwurf, den man sich nicht gefallen lassen muss.

Ich gehe davon aus, dass unser Sozialdienst mit jeder Kita gut zusammenarbeitet, egal mit welcher. Deshalb ist es für mich höchste Zeit, dass man diese Privatisierung vollzieht.

Keine weitere Wortmeldung.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Der Vorsitzende: Wir befinden über den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

Daniel Arn macht darauf aufmerksam, dass dies von mindestens fünf Ratsmitgliedern verlangt werden muss.

Der Vorsitzende: Finden sich fünf Mitglieder, die eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangen? – Ja, das ist der Fall.

Beschluss

Gestützt auf Art. 42 Abs. 3 der Geschäftsordnung erfolgt die Abstimmung unter Namensaufruf.

Emanuel Zloczower verzichtet für die GPK auf ein Schlusswort.

Für den Gemeinderat spricht Martin Häusermann: Ich nehme Bezug auf das Votum der Grünen bezüglich Einhaltung von Garantien. Wir werden selbstverständlich einen Übernahmevertrag mit den ausgewählten Anbietern abschliessen. Darin werden die Eckwerte der Ausschreibung, also die Bedingungen, festgehalten. Dieser Vertrag geht dann ein. Selbstverständlich ist ein Vertrag auch bloss ein Vertrag, und man kann daraus aussteigen. Aber wir sichern ihn bestmöglich ab.

Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass er sein Abstimmungsverhalten wegen eines allfälligen Stichentscheids erst am Schluss bekannt gibt.

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

<u>Namensaufruf</u>	Ja	Nein	Enthaltung
Arn Daniel	...X...
Arnold LucX...
Bähler SimonX...
Bärtschi Annik	...X...
Bärtschi Daniel	...X...
Beck Hanna	...X...
Bircher Laura	...X...
Buff RonaldX...
Eugster Simon	...X...
Fankhauser SuzanneX...
Gantner Barbara	...X...
Gashi HilmiX...
Grossen Gaby	...X...
Grossenbacher FranziskaX...
Grütter K. Urs	...X...
Gubler Matthias	...X...

Häuselmann Bernhard	...X...
Held Lorenz	...X...
Jordi Kevin	...X...
Koelbing Martin	...X...
Künti KarinX...
Lauper RetoX...
Legler Bettina	...X...
Legler VanessaX...
Lucas Christoph	...X...
Lütolf Roland	...X...
Mäder Renate	...X...
Meichtry HelenaX...
Messerli Patricia	...X...
Reimers Markus	...X...
Schmitter BeatX...
Schnyder-Aellig KathrinX...
Siebenrock Charlotte	...X...
Spycher Christian	...X...
Stein KasparX...
Thut Walter	...X...
Weibel Raphael	...X...
Zaccaria AngeloX...
Zloczower Emanuel	...X...

Gestützt auf das Ergebnis des Namensaufrufes erfolgt folgende Beschlussfassung:

Beschluss (25 Ja / 12 Nein / 2 Enthaltungen)

1. Der Grosse Gemeinderat stimmt dem Grundsatzentscheid zu, die Führung einer Kindertagesstätte als gemeindeeigene Aufgabe aufzugeben und den Betrieb mitsamt den Mitarbeitenden im Sinn der vorstehenden Ausführungen einer privaten Trägerschaft zu übertragen (Privatisierung).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

B) Reglement Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm); Totalrevision

Der Vorsitzende begrüsst Rechtsanwalt Ueli Friederich zu diesem Geschäft.

Für die GPK spricht Bernhard Häuselmann: Das aktuelle Reglement ist nicht ganz so alt wie die mittlerweile 24-jährigen gbm, aber immerhin auch schon 17-jährig. Es wurde in dieser Zeit nur punktuell angepasst. Die GPK konnte sich am 19. Oktober intensiv mit Gabriele Siegenthaler und André Schneider über die Hintergründe der vorliegenden Totalrevision austauschen. Ich nenne ein paar Highlights. Das alte Reglement hat einige interessante Lücken. Zum Beispiel mussten die gbm gemäss Reglement keine Betriebsrechnung führen. Zum Glück wurde trotzdem immer gewissenhaft eine Rechnung erstellt. Das soll nun ändern. Wies die Rechnung einen Gewinn aus, war bisher nicht oder zumindest nicht ausdrücklich geregelt, wer über die Gewinnverwendung bestimmen darf. Gemäss neuem Reglement darf nun ausdrücklich der Gemeinderat und nicht der Verwaltungsrat der gbm darüber bestimmen. Der Gemeinderat erhält so rechtskonform den Spielraum, um auf die langfristige Umstellung der Energieversorgung auf nicht-fossile Energieträger Einfluss nehmen zu können respektive dafür zu sorgen. Könnte der Verwaltungsrat der gbm selbst über die Gewinnverwendung entscheiden, müsste er sich nicht

unbedingt am politischen Willen orientieren. Das ist sehr positiv.

Ebenfalls positiv ist, dass neben der Zusammenarbeit mit der Gemeinde, die neu in einem separaten Artikel definiert wird, auch Veränderungen wie der Beitritt zum Wasserverbund Region Bern im neuen Reglement integriert werden konnten. Unter dem Strich entspricht das neue Reglement für die GPK allen Anforderungen an eine gute Corporate Governance. Aufgrund der umfassenden Synopsis könnt Ihr, so wie die GPK auch, erahnen, wie viel Arbeit dahintersteckt. Allen Beteiligten vielen Dank. Die GPK ist sich einig, dass der GGR heute Abend auf das Geschäft eintreten kann und empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Für den Gemeinderat spricht Gabriele Siegenthaler Muinde: Ich werde darauf verzichten, die Botschaft mündlich vorzutragen. Ich möchte vor allem etwas zum Überarbeitungsprozess sagen. Es war relativ langwierig und komplex. Der Sprecher der GPK hat es richtig erahnt: Es steckt echte Knochenarbeit in diesem Dokument. Ich bin der Meinung, der Aufwand habe sich gelohnt. Ihr habt heute ein ausgewogenes Dokument vor Euch, das die gbm als Grundlage in die Zukunft führen kann. Sie können ihre Dienstleistungen weiterhin auf dem gewohnt hohen qualitativen Niveau anbieten und haben unternehmerischen Spielraum. Gleichzeitig behält die Gemeinde die wichtigsten Fäden in der Hand. In diesem Prozess wurde im Januar eine Fraktion des GGR begrüsst. Ein paar von Euch werden sich daran erinnern. Einige Anpassungen flossen in das Reglement ein. Die wichtigste ist, dass man bei gewerblichen Dienstleistungen sicherstellt, dass es keine Wettbewerbsverzerrung durch Quersubventionierungen gibt. Es ist ganz klar nicht das Ziel, dass die gbm den Wettbewerb verzerren. Sie sind ein Mitglied des Wettbewerbs, aber mit gleich langen Spiessen wie die Privaten.

Wie Ihr seht, ist zwischen Januar und heute noch etwas passiert, und es gab noch einmal eine Bearbeitung. Leider entgingen uns drei Kleinigkeiten, für die wir uns entschuldigen. Sie werden in der Endversion, die Ihr heute Abend genehmigt, ergänzt:

Art. 4 Abs. 4

⁴ Der Erwerb und die Veräusserung von Mehrheitsbeteiligungen ~~bedarf~~ bedürfen der Zustimmung des Gemeinderats.

Art. 12 Abs. 3

³ Sie können ~~Leistungen~~ Leistungen ausserhalb des Gemeindegebiets erbringen, soweit dies mindestens kostendeckend erfolgt, im Einklang mit der Eigentümerstrategie des Gemeinderats steht und die Erfüllung der Aufgaben gemäss den Artikeln 6–10 dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Art. 21 Abs. 2 Bst. k

erlässt soweit erforderlich weitere Ausführungsbestimmungen zu diesem Reglement (Art. ~~43~~ 42),

Ich möchte mich bei André Schneider bedanken, der diesen Prozess sehr umsichtig geführt hat. Ich bedanke mich ebenfalls bei Ueli Friederich, der uns juristisch bei diesen komplexen Reglementsfragen immer zur Seite stand.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen.

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Ronald Buff (FDP): Die Totalrevision des Reglements der Gemeindebetriebe Muri bei Bern, kurz gbm, ergibt sich durch die Anpassung des Leistungsauftrags inklusive Auftrag zur Dekarbonisierung, die Veränderungen im politischen und marktwirtschaftlichen Umfeld sowie die nötigen Anpassungen nach dem Beitritt zum Wasserverbund Region Bern. Im Zug dieser Totalrevision erfolgten auch neue Regelungen im Bereich der Verantwortlichkeiten und Kompetenzen. Die gbm sollen nach wie vor unternehmerische Handlungsfreiheit geniessen und dank gebündeltem Fachwissen weiterhin hochstehende Dienstleistungen zu bestmöglichen Konditionen anbieten. Jedoch soll auch die Politik ihre Kontrollfunktion wahrnehmen können, ohne durch unnötige politische Prozesse die Handlungsfreiheiten einzuschränken. Die gbm sollen zudem als hundertprozentiges Tochterunternehmen der Einwohnergemeinde Muri bei Bern nicht das einheimische, lokale Gewerbe konkurrenzieren oder konkurrenzieren können. Wir danken dem Gemeinderat, dass dieser Wunsch nun im Reglement aufgenommen wurde.

Wir von der FDP wissen, dass es nicht einfach ist, mit diesen Vorgaben ein sinnvolles Reglement zu erstellen, finden jedoch, dass es mit diesem Reglement gelang. Wir hoffen, dass die gbm-Mitarbeiter wie auch die Einwohner der Gemeinde Muri bei Bern diese Einschätzung der FDP teilen. Ebenfalls hoffen wir, dass für die vorher genannte Dekarbonisierung bald sinnvolle Lösungen gefunden werden können und wir unabhängig von fossilen Energieträgern werden. Die FDP bedankt sich bei den Beteiligten, welche die Totalrevision durchgeführt haben, für ihre Arbeit und wird die Totalrevision des Reglements genehmigen.

Christoph Lucas (forum): Das aktuell gültige Reglement der gbm stammt vom 1. Januar 2005. Damals hiess der Papst noch Johannes Paul II., George W. Bush war Präsident der USA, Toni Blair war Premierminister in Grossbritannien. Seither gab es in England sechs Staatsoberhäupter. In Italien gingen in dieser Zeitspanne sogar acht über die Bühne, wobei die letzten beiden Zahlen nicht sehr aussagekräftig sind. Was ich damit sagen will, ist, dass das heutige Reglement in die Jahre gekommen ist und eine Überarbeitung notwendig wurde. Wir vom forum begrüessen die Totalrevision ausdrücklich und sind erfreut, dass sie sich an der Zielsetzung der Energie- und Umweltpolitik der Gemeinde ausrichtet. In den vergangenen siebzehn Jahren hat sich die Umweltpolitik in unserer Gemeinde bewegt. Es gab Anpassungen, insbesondere beim Thema Dekarbonisierung, die notwendig geworden waren. Unseres Erachtens wurden auch die anderen Governance- und Compliance-Themen, die bereits mein Vorredner erwähnt hat, im Reglement sehr gut dem Zeitgeist angepasst. Es wurden zudem Lücken gestopft, die gestopft werden mussten. Somit sind wir der Meinung, dass dieses Reglement zukunftsfähig ist. In diesem Sinn unterstützt das forum die Totalrevision. Wir bedanken uns ausdrücklich bei denjenigen, die diese aufwändige Arbeit gemacht haben.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst kapitelweise Beratung des Reglements, anschliessend weitere Wortmeldungen. Über allfällige Anträge wird bei den jeweiligen Artikeln abgestimmt.

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Detailberatung

Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen: Art. 1–5

Keine Bemerkungen

Kapitel II. Aufgaben: Art. 6–15

Keine Bemerkungen

Kapitel III. Organisation, 1. Organe: Art. 16

Keine Bemerkungen

2. Verwaltungsrat: Art. 17–22

Keine Bemerkungen

3. Geschäftsleitung: Art. 23–24

Keine Bemerkungen

4. Revisionsstelle: Art. 25–26

Keine Bemerkungen

5. Personal: Art. 27

Keine Bemerkungen

Kapitel IV. Finanzen: Art. 28–33

Keine Bemerkungen

Kapitel V. Verhältnis zur Gemeinde: Art. 34–39

Keine Bemerkungen

Kapitel VI. Verfahren, Rechtsschutz: Art. 40–41

Keine Bemerkungen

Kapitel VII. Schluss- und Übergangsbestimmungen: Art. 42–44

Keine Bemerkungen

Keine Wortmeldungen.

Auf ein Schlusswort verzichten für die GPK Bernhard Häuselmann und für den Gemeinderat Gabriele Siegenthaler Muinde.

Kein Rückkommen.

Beschluss

Genehmigung des totalrevidierten Reglements Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm). (einstimmig)

5. Parlamentarische Vorstösse

A) Motion Eugster (FDP): Schulinfrastruktur der Zukunft; Zwischenbericht

Für den Gemeinderat spricht Stephan Lack: Der Gemeinderat dankt der Projektgruppe der Schulkommission für die geleistete Arbeit und nimmt diesen Zwischenbericht vorerst ergebnisoffen und ohne grosse inhaltliche Diskussion zur Kenntnis. Die Projektgruppe der Schulkommission hat die bisher erarbeiteten Grundlagen zur Schulhausplanung überprüft und ergänzt und konnte Vorschläge zu weiteren Schritten für die langfristige Schulinfrastruktur aufzeigen. Beim Zwischenbericht handelt es sich um eine Zusammenfassung. Wie Ihr Euch vorstellen könnt und wie einige wissen, gab es umfangreiche Grundlagenarbeiten. Eine Zwischenbemerkung: Man kann immer diskutieren, wie man diesen Auftrag interpretiert. Wir haben in der Schulkommission lange darüber gesprochen und hätten es auch etwas kürzer oder noch länger machen können. Das ist eine Frage der Interpretation. Ich bin gespannt, wie die Diskussion im Gemeinderat verlaufen wird. Sie geht sicher weiter. Denn diese Aufgabe ist wichtig.

Was Ihr seht, ist primär die Spitze des Eisbergs der Arbeit der Projektgruppe der Schulkommission. Bei der Beurteilung der Lage hat die Schulkommission gemäss letztem Zwischenbericht erkannt, dass eine weitere Verfeinerung und Vertiefung des Projekts die Ressourcen einer Milizkommission übersteigen. Man muss wissen, dass es um relativ viel geht. Es geht auch um sehr viel Geld. Zudem geht es darum, die richtigen Entscheide zu treffen. Auf die Standorte Moos und Seidenberg kommen wir zurück, wobei wir heute Abend nicht darüber entscheiden, sondern einen Zwischenbericht beraten. Die Schulkommission schlägt dem Gemeinderat vor, das Projekt auf Stufe Gemeinderat ressortübergreifend weiterzuführen. Dies mit einer kurz- und mittelfristigen, aber auch einer langfristigen Optik. Man blickt in die Zukunft und überlegt sich, welche Infrastruktur wir in Zukunft brauchen, besonders was die Oberstufenschulhäuser anbelangt. Die Tragweite ist weitreichend. Das haben wir gehört. Es werden bekanntlich sehr grosse Investitionen generiert. Die Schulkommission ist deshalb der Meinung, dass es eine professionelle Begleitung braucht, insbesondere in der übergeordneten Projektgruppe, welche das Projekt aufnimmt.

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass kurz-, mittel- und langfristig die optimale Gestaltung der Schulhausinfrastruktur für die Oberstufe offensichtlich tatsächlich komplex ist und eine differenzierte und zielführende Prüfung eben auch die entsprechende Zeit in Anspruch nimmt. Meines Erachtens ist es kein absolutes Drama. Ich bin mit der Schule sehr eng verbunden und weiss, dass es Personen gibt, die gerne mehr wissen möchten und Druck aufsetzen. Wir wissen auch, dass wir für einen Entscheid wie den zur Oberstufe, also ob sie kurz- und mittelfristig am Standort Moos oder Seidenberg ist, zwei Jahre Vorlauf brauchen. Wir können nicht einfach sagen, morgen ist es so, sondern brauchen einen Vorlauf. Andererseits wollen wir einen seriösen Entscheid fällen. Aber, wie Ihr seht und man auch dem Investitionsplan entnehmen kann, geht in den Unterstufenschulhäusern nichts. Wir haben geplant, dass wir in den Jahren 2022 und 2023 rund CHF 9 Mio. ausgeben. Ihr seht auf einer ganzen Seite, was sonst noch gemacht wird. Wir sind im Schulhaus Melchenbühl, im Schulhaus Horbern und im Schulhaus Seidenberg tätig. Wer daran vorbeigeht, sieht, dass der Pavillon Seidenberg fast fertig ist. Dieser Holzelementbau wird sehr gut. Ihr seht übrigens auch auf S. 2 des Zwischenberichts, was momentan alles läuft, wobei der Investitionsplan fast noch kompletter ist.

Wie angetönt, wird der Gemeinderat die Frage, ob die Oberstufe beziehungsweise Mittelstufe am Standort Moos oder Seidenberg angesiedelt wird, ohne Zweifel noch einmal sehr sorgfältig prüfen. Das ist schlussendlich, was alle interessiert. Es gibt jetzt einmal einen Vorschlag der Schulkommission aufgrund der Diskussionen. Sie

entschied nicht ganz einstimmig, aber unterstützt den Vorschlag grossmehrheitlich. Die Entscheidungsfindung des Gemeinderats wird von pädagogischen Argumenten beeinflusst, die man aufarbeiten muss. Daran arbeiten wir. Es werden sicher auch gewisse weiche Faktoren eine Rolle spielen. Aber nicht nur das. Entscheidend und beeinflussend wird sicher ebenfalls sein, wie das aktuelle Schulhausangebot mit allen Räumlichkeiten am Standort Seidenberg und am Standort Moos aussieht. Auch das muss evaluiert werden. Ich bin von der FDP und darf deshalb sagen, dass letztendlich beide Varianten auch ein Preisschild haben. Das wird sicher ebenfalls eine gewisse Rolle spielen. Ihr könnt davon ausgehen, dass der Gemeinderat genau diesen Entscheid noch einmal sehr seriös prüfen wird. Wie so oft bei Schulvorlagen kann man solche Fragen nicht rein technokratisch beantworten. Es ist oft ein Abwägen. Ich weiss, dass alle, die daran arbeiten, letztendlich das Beste für die Kinder und das Kindeswohl wollen. Das soll auch so sein, und wir dürfen es seriös diskutieren.

Für die Motionäre spricht Simon Eugster (FDP): Ich spreche im Namen der FDP, die diese Motion eingereicht hat. Es ist keine Motion Eugster, sondern eine Motion der FDP. Wir nehmen erstens mit Genugtuung zur Kenntnis, dass unser Bauchgefühl von vor mehr als einem Jahr richtig war, wonach die Grundlagen für die Schulraumplanung nicht ganz vollständig waren. Zweitens gratulieren wir der Schulkommission für die geleistete Arbeit. Wir teilen ihre Beurteilung, dass sie in dieser Sache nicht federführend sein sollte. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Schulkommission, davon entbunden zu werden. Drittens erwarten wir vom Gemeinderat, dass er die Erkenntnisse, Konsequenzen und Anträge, welche die Schulkommission erarbeitet hat, ernst nimmt. Vor allem ist zeitnah eine Taskforce Schulraumplanung auf die Beine zu stellen und das Oberstufenzentrum hier, im Schulhaus Moos, anzusiedeln. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, die Schule der Zukunft ist bei Weitem die grösste Kiste, die auf die Gemeinde zukommt. Bis jetzt wurde ein Investitionsbedarf von ungefähr CHF 82 Mio. artikuliert. Neben dieser Kiste sind alle anderen Projekte «Nasenwasser». Entsprechend braucht es eine seriöse und visionäre Planung ohne Tabus. Auch die Prüfung von Neubauprojekten an Stelle geplanter Gesamtsanierungen darf nicht ausgeschlossen werden. Eine blosser Sanierung von einem alten Schulhaus nach dem andern ist ineffizient und ergibt im Endeffekt keine Schulinfrastruktur der Zukunft, die ihren Namen verdient. Wir schulden unseren Enkel eine seriöse Schulinfrastruktur. Wie gesagt, ist das Fazit positiv, und wir harren gespannt der Dinge, die da kommen.

Fraktionserklärungen

Suzanne Fankhauser (SP): Die SP-Fraktion dankt allen, die so intensiv mitgearbeitet haben. Wir danken für diesen Zwischenbericht, um den wir froh sind. Stephan, selbstverständlich trifft es zu, dass das Ganze unheimlich komplex ist. Wir sind uns bewusst, dass die Investitionen in die Schulinfrastruktur enorm sind. Sie sind die beste Voraussetzung für ein hochstehendes, zukunftsgerichtetes Bildungswesen in der Gemeinde. Das wollen wir schliesslich schaffen. Dass das teuer wird, liegt auf der Hand. Da gibt es nichts zu husten. Es muss schliesslich in seiner Gesamtheit auch nicht nur bis übermorgen passen. Trotzdem bedeutet das natürlich, dass es nicht wieder Jahre dauern darf, bis erneut etwas in Angriff genommen wird. Wir sprechen von Digitalisierung und Tagesschulen, und all das, auch die pädagogischen Ansätze, werden immer wichtiger. Das braucht Raum, nicht nur örtlich, sondern auch in der Kommunikation. Da ist noch einiges zu leisten, und ich finde, es dürfte noch etwas mehr passieren. Ich meine das auch im Sinn des offenen Denkens nach Hannah Arendt. Die Frage Oberstufenzentrum in der Schulanlage Moos, ja oder nein, ist komplex und schwierig. Mir ist bewusst, dass es sehr viel Kommunikation und Austausch braucht. Denn viele sind davon betroffen, von den Eltern bis

zu den Kindern, und es reicht in viele Bereiche hinein. Das darf man durchaus als Schwierigkeit aufnehmen, aber es braucht nichtsdestotrotz eine partizipative Form. Denn unsere Kinder und Jugendlichen beziehungsweise ihre Bildung sollten bitte schön immer noch im Zentrum stehen. Das ist wichtig. Wenn ich all das berücksichtige, habe ich schon das Gefühl, dass es enorme Hürden sind. Darüber sind wir uns in der SP einig. Aber wir finden, jetzt dürfte man nicht mehr zaudern. Man muss vorwärts machen, damit wir nicht nächstes Jahr im «Rüebliherbst» erneut von Konzepten und von Arbeitsgruppen sprechen, die es braucht, und dann dauert es noch einmal Jahre, bis etwas geschieht. Das würde uns sehr belasten. Wir finden, es müsse langsam vorwärts gehen. Wir unterstützen selbstverständlich Bestrebungen, die bewirken, dass etwas geschieht.

Ich gestatte mir eine letzte Frage. Warum wird auch im Zwischenbericht immer wieder von mangelnden Kompetenzen gesprochen? Ich nehme an, dabei geht es auch um politische Kompetenzen. Was bedeutet das, wo wir doch wissen, dass der Schulkommissionspräsident die Leitung des Ressorts innehat?

Daniel Arn (FDP): Ich möchte an das vorhergehende Votum anknüpfen. Ich finde es sehr gut, dass die Schulkommission sagt, es brauche wohl ein anderes Gremium, damit man vorwärtskommt. Man muss nichts übers Knie brechen, aber vorwärts machen. Ich darf im Grossen Rat in der Bildungskommission sein und sehe bei vielen Gemeinden das grosse Problem, dass man sehr lange über Dinge spricht. Irgendwann zieht ein Jahr ins Land und noch eins, ohne dass man vorwärtskommt. Ich erinnere mich daran, als in diesem Saal hinten die Lehrerschaft sass und es zu grenzwertigen Situationen kam. Deshalb blieb es uns in Erinnerung. Aber das liegt Jahre zurück. Ein Prozess, den man einmal in Gang gesetzt hat, sollte man, auch wenn man allem Rechnung tragen muss, trotzdem einmal zu Ende bringen. Deshalb unterstütze ich die Schulkommission, wenn sie sagt, sie will einen anderen Weg gehen. Wenn es kein klares Vorgehen gibt, diskutieren wir noch jahrelang darüber. Es geht uns um die Kinder, für sie macht man das. Natürlich geht es auch um die Lehrer, aber sie sind Dienstleister. Ich begrüsse ein klares Vorgehen und einen strukturierten Vorgang sehr. Es geht nicht darum, zu mauern, sondern es geht um Zustände und darum, wie man es machen soll. Der Rest ergibt sich automatisch, auch das Preisschild. Wir sind noch immer in einer guten Situation. Aber wenn wir noch viele Jahre zaudern, ist sie nicht mehr gut. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag, jetzt endlich vorwärts zu machen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Schlusswort für den Gemeinderat hat Stephan Lack: Vielen Dank für diese Voten. Die Motion hat tatsächlich dazu geführt, dass wir das noch einmal eingehend geprüft haben. Wir werden wohl erst am Schluss sagen können, ob es sich gelohnt hat oder nicht. Heute ist es dafür noch zu früh. Wir hätten es vor einem Jahr eigentlich abschliessen können. Ich gebe kein Schlussurteil darüber ab, ob man das hätte tun sollen oder nicht. Vielleicht sagen wir in einem weiteren Jahr, es sei gut gewesen, dass wir es erneut geprüft haben. Zu deiner Frage, Suzanne, bezüglich Kompetenzen: Ja, es stimmt, Ressort-intern hast du recht. Wir finden es eigentlich gut, dass der Schulkommissionspräsident gleichzeitig Bildungschef ist. Das hat sich meiner Ansicht nach, aber auch gemäss kürzlich erfolgter Beurteilung durch das Sounding Board, ausbezahlt. Aber jetzt kommt noch die Frage der Kompetenzen. Die Schulkommission sieht es so, dass eine Komponente das Ressort Finanzen betrifft, eine das Ressort Bau, eine weitere das Ressort Soziales und schliesslich auch noch eine die Jugend. Das Geschäft ist dermassen Ressort-übergreifend, dass die Schulkommission zum Schluss kam, es sei eine Nummer zu gross für sie, es müsse ganz nach oben. Das Projekt müsse vom Gemeindepräsidium aus nach unten geführt werden. Vielleicht hat schlussendlich der Chef des Ressort Bildung

zusammen mit dem Ressort Bau die Co-Leitung, oder sie sind zu dritt. Jedenfalls ist die Idee, dass vor allem die Ressorts Bau und Bildung den «Laden» führen.

Die Motionäre verzichten auf ein Schlusswort.

Kein Rückkommen.

Vom Zwischenbericht zur Motion Eugster (FDP), Schulinfrastruktur der Zukunft, wird Kenntnis genommen.

B) Motion Legler (FDP): Schulwegsicherheit Aebnitstrasse; Zwischenbericht

Markus Bärtschi verzichtet für den Gemeinderat auf das Wort.

Bettina Legler (FDP) spricht als Motionärin: Zuerst möchte ich dem Gemeinderat danken, dass er meine Motion zügig behandelt hat. Wir hatten bisher zwei Sitzungen mit der Begleitgruppe, an denen wir die Situation an der Aebnitstrasse und an anderen neuralgischen Verkehrspunkten genau unter die Lupe nahmen. Wir konnten unsere Meinung einbringen und haben konstruktiv an Lösungsmöglichkeiten gearbeitet. An der geplanten dritten Sitzung erwarten wir nun konkrete Lösungen, die rasch in die Realität umgesetzt werden. In diesem Sinn nimmt die Fraktion FDP Kenntnis vom Zwischenbericht.

Keine Fraktionserklärungen, keine Wortmeldungen und kein Schlusswort von Martin Bärtschi für den Gemeinderat.

Kein Rückkommen.

Vom Zwischenbericht zur Motion Legler (FDP), Schulwegsicherheit Aebnitstrasse, wird Kenntnis genommen.

C) Postulat forum: Kauf der Parzelle 508 / Worbstrasse 209; Zwischenbericht

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Wir haben mehrere Gespräche mit der HRS Investment AG geführt. Die Frage ist, ob sie bereit wären, die Parzelle zu verkaufen. Die formellen Antworten werden im Bericht aufgelistet. Es gibt geltende Vereinbarungen. Die HRS sagt, man könne mit ihnen schon sprechen, wenn es einen adäquaten Realersatz gebe. Das dürfte schwierig sein, aber wir bleiben dran.

Für die Postulaten spricht Bernhard Häuselmann (forum): Danke für den Zwischenbericht und die zusätzlichen Informationen von Thomas. Ich erläutere allen im Saal kurz die Idee des Postulats. Es verlangt, dass die Gemeinde prüft, ob sie beide Parzellen an der Worbstrasse 210 irgendwann einmal als Eigentümerin selbst beplanen und gestalten kann. Die Parzelle 330 gehört bereits uns, die Parzelle 508 gehört derzeit noch der HRS. Im letzten Abschnitt des Zwischenberichts erfahre ich nun, dass die Planungsvereinbarung mit der HRS zum Areal Lischenmoos, über die man seinerzeit abgestimmt hat, weiterhin gültig ist. Dies, obwohl ich im Vorfeld der Abstimmung erfuhr oder geglaubt habe zu verstehen, dass der Vorvertrag mit der HRS bei einer Ablehnung erlischt. Im Grundbuch fand ich auch nichts, wonach es für die Parzelle 330, die bereits uns gehört, ein Kaufrecht der HRS gäbe. Ich erfahre in keinem Abschnitt des Zwischenberichts, ob und in welchen Szenarien wir die Parzelle 508 der HRS kaufen könnten und ob überhaupt so etwas mit HRS bespro-

chen wurde. Ich denke, es wäre gut, wenn man Szenarien oder Varianten mit ihnen diskutieren würde. Trotz Zwischenbericht muss ich mich nun über all das weiterhin beim Gemeinderat oder beim entsprechenden Ressort informieren. Denn das ist, was mich unter dem Strich interessiert.

Keine Fraktionsmeldungen, keine Wortmeldungen und kein Schlusswort von Thomas Hanke für den Gemeinderat.

Kein Rückkommen.

Vom Zwischenbericht zum Postulat forum, Kauf der Parzelle 508 / Worbstrasse 209, wird Kenntnis genommen.

D) Einfache Anfrage Beck (EVP): Schulraum Spielgruppe

Gemäss Geschäftsordnung findet bei einfachen Anfragen keine Diskussion statt.

Von der Stellungnahme des Gemeinderats wird Kenntnis genommen.

6. Informationen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf das Wort.

7. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Gashi (Grüne), Bircher (FDP), Zaccaria (SP): Diversity-Strategie für die Gemeinde Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Gemeinde Muri-Gümligen eine Diversity-Strategie auszuarbeiten, die dazu beiträgt, dass die Bevölkerung in ihrer ganzen Vielfalt in der Gemeindeverwaltung sowie allen gemeindeeigenen Institutionen angemessen vertreten ist.

Begründung:

Muri-Gümligen ist eine Gemeinde mit einer breiten Bevölkerungsvielfalt. Menschen aller Generationen, Geschlechter, Biografien, Sprachen, sexuellen Orientierungen, Lebensstile, geografischen Herkünfte und Bildungsniveaus leben, arbeiten hier, leisten Freiwilligenarbeit und zahlen Steuern.

Die Gemeindeverwaltung mit all ihren angegliederten Institutionen ist eine wichtige Schnittstelle, die elementare Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringt. Ein Blick auf die personelle Zusammensetzung der Gemeindeverwaltung zeigt aber, dass die Vielfalt der Bevölkerung in diesem Bereich nicht genügend repräsentiert ist.

Die Erfahrungen der letzten Jahre in verschiedenen Unternehmen und progressiven Städten und Gemeinden haben jedoch deutlich gezeigt, dass eine ausgewogene Vertretung der personellen Vielfalt auf allen politischen Ebenen, in Entscheidungsgremien, Vorständen, Teams, Kommissionen usw. erfolgreich gewährleistet werden kann, so dass vielfältige Lebenswirklichkeiten tatsächlich berücksichtigt und (kommunale) Dienstleistungen zielgruppengerecht angeboten werden können. Denn vielfältige Teams sind besser in der Lage, die Bedürfnisse der

Bewohner:innen (bzw. der Kundschaft) zu verstehen und passgenaue Lösungen und Dienstleistungen anzubieten. Zudem konnten Studien aufzeigen, dass eine grosse Diversität betriebswirtschaftliche Vorteile mit sich bringt – divers ausgerichtete Unternehmen erzielen im Schnitt höhere Umsätze und Gewinne als ihre Konkurrenten. (Fussnote: Vgl. z.B. die von PWC durchgeführte Studie, abrufbar unter <https://www.pwc.de/de/real-estate/pwc-diversity-is-good-for-growth.pdf>. Auch wenn die Gemeindeverwaltung nicht wie privatrechtliche Unternehmen gewinnorientiert arbeitet, liegt es im Interesse der Gemeindebevölkerung, dass diese dank diverser Personalstrukturen produktiver, kreativer und effizienter arbeitet.)

Entsprechend ermöglicht ein gutes Diversity-Management Muri-Gümligen, auf die Anliegen aller Mitbürgerinnen und Mitbürger einzugehen und sich dabei als attraktive, zukunftsorientierte, wirtschaftliche und mitarbeiterfreundliche Institution zu präsentieren.

Muri-Gümligen, 25. Oktober 2022 Hilmi Gashi, Laura Bircher, Angelo Zaccaria

F. Grossenbacher, S. Bähler, H. Meichtry, K. Schnyder, V. Legler, W. Thut, H. Beck, S. Fankhauser, L. Arnold, K. Künti, S. Eugster, M. Koelbing, K. Stein (16)

Mitteilungen

Helena Meichtry (Grüne): Ich weise auf eine Filmvorführung hin, die der Natur- und Vogelschutzverein Muri-Gümligen-Rüfenacht am 16. November um 19.30 Uhr im Bärtschihus organisiert. Gezeigt wird der Film «Worauf warten wir noch?», ein Dokumentarfilm über eine Gemeinde im Elsass. Sie hat in den letzten zehn Jahre verschiedene Aktionen lanciert, um in der Wirtschaft und der Landwirtschaft lokale und nachhaltige Kreisläufe zu fördern. Wer weiss, vielleicht hat jemand Lust, sich den Film als Inspiration und zur Ideenfindung für Muri-Gümligen anzuschauen? Für die Interessierten habe ich Flyer dabei.

Der Vorsitzende: Zum heutigen Umtrunk lädt die SVP ein. Der nächste ist bereits der letzte in diesem Jahr. Er wird von der SP organisiert.

Die Sitzung ist geschlossen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Reto Lauper

Corinne Schweizer